

FD / Postulat SP-GRÜNE-GLP-Fraktion vom 2. März 2026

Digitale Souveränität – Wege und Strategien für den Kanton St.Gallen

Antrag der Regierung vom 12. Mai 2026

Nichteintreten.

Die Regierung anerkennt die wachsende Bedeutung der digitalen Souveränität vor dem Hintergrund geopolitischer Entwicklungen sowie der zunehmenden Relevanz digitaler Infrastrukturen für die staatliche Aufgabenerfüllung. Die Sicherstellung der Handlungsfähigkeit im digitalen Raum ist ein wichtiges Anliegen, dem auch im Kanton St.Gallen entsprechende Aufmerksamkeit zukommt.

Im Hinblick auf das vorliegende Postulat erscheint jedoch eine differenzierte Einordnung angezeigt.

Digitale Souveränität ist dabei nicht im Sinn einer vollständigen technologischen Unabhängigkeit zu verstehen, sondern als Fähigkeit, digitale Mittel verantwortungsvoll, sicher und selbstbestimmt einzusetzen. Diese Fähigkeit entwickelt sich in einem internationalen Kontext, der durch enge technologische und wirtschaftliche Verflechtungen geprägt ist. Vor diesem Hintergrund wäre eine isolierte Ausrichtung auf weitgehende Eigenständigkeit mit erheblichen Herausforderungen verbunden, insbesondere in Bezug auf Innovationsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und den Zugang zu technologischen Entwicklungen.

Zugleich ist festzuhalten, dass die heutige digitale Landschaft wesentlich durch global tätige Anbieter geprägt ist, die in hohem Masse in Sicherheit, Stabilität und Weiterentwicklung ihrer Lösungen investieren. Eine umfassende Substitution solcher Leistungen auf kantonaler Ebene würde erhebliche zusätzliche Aufwände mit sich bringen und wäre mit Blick auf Skalierbarkeit und Nachhaltigkeit nur sehr eingeschränkt zweckmässig.

Die im Postulat angesprochenen Fragestellungen betreffen grundlegende Aspekte wie Standardisierung, Interoperabilität, Regulierung sowie die gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen. Diese Themen erfordern eine abgestimmte Herangehensweise über die föderalen Ebenen hinweg und werden entsprechend im Rahmen der interkantonalen und nationalen Zusammenarbeit, namentlich über die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS), koordiniert behandelt.

Die DVS hielt im Fazit ihrer Studie «Second Source» vom April 2025 Folgendes fest: «Die Erkenntnisse der Studie verdeutlichen, dass einzelne Verwaltungen kaum in der Lage sein werden, allein tragfähige Lösungen für die beschriebenen Herausforderungen zu entwickeln. Die Komplexität der technischen, organisatorischen und rechtlichen Anforderungen erfordert eine enge Zusammenarbeit. Ein Zusammenschluss der Akteure – idealerweise auf nationaler und sogar überstaatlicher Ebene, beispielsweise in Zusammenarbeit mit der EU – ist entscheidend, um Synergien zu schaffen, Standards zu entwickeln und Ressourcen effizient zu nutzen. Nur

durch eine koordinierte, übergreifende Herangehensweise können langfristig nachhaltige und souveräne Lösungen realisiert werden.»¹

Der Kanton St.Gallen bringt sich daher aktiv in die laufende Nachfolgestudie zu dieser Studie der DVS ein und wird so gemeinsam mit anderen Kantonen darauf aufbauend abgestimmte Entscheidungsgrundlagen erarbeiten.

Auch unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismässigkeit erscheint die Ausarbeitung einer eigenständigen kantonalen Strategie nicht angezeigt. Eine solche würde zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen beanspruchen, ohne dass daraus ein klarer Mehrwert gegenüber den bestehenden Koordinations- und Steuerungsmechanismen resultiert.

Schliesslich ist festzuhalten, dass die im Postulat angesprochenen Themen in weiten Teilen bereits durch bestehende Instrumente und Strukturen adressiert werden. Dazu zählen insbesondere etablierte Ansätze in den Bereichen Informationssicherheit, Risikomanagement, Beschaffung, Architekturvorgaben sowie im Umgang mit schützenswerten Daten (Datenklassifizierung). Diese Themen sollen im Rahmen einer kontinuierlichen Weiterentwicklung weiter geschärft und konkretisiert werden.

Vor diesem Hintergrund erachtet die Regierung die Erarbeitung einer eigenständigen kantonalen Strategie im Sinn des Postulats als derzeit nicht angezeigt.

¹ Studie im Auftrag der Arbeitsgruppe «Cloud Governance und Workplace» der Digitalen Verwaltung Schweiz, abrufbar unter www.digitale-verwaltung-schweiz.ch/application/files/7917/4906/7345/2025_Studie_Second_Source.pdf, S. 49.